

Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

Das Superwahljahr 2024 geht weiter: am 1. September wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Auch diese Wahl wird zukunftsweisend für den Freistaat als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum sein. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern haben die Wahlprogramme der Parteien mit den größten Chancen auf Einzug in den Landtag unter die Lupe genommen und die für die regionale Wirtschaft relevanten

Aspekte übersichtlich zusammengefasst. Machen Sie sich selbst ein Bild davon, wie die Parteien sich die Zukunft des Wirtschaftsstandorts vorstellen. Die Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bitte informieren Sie sich bei weitergehendem Interesse an den Wahlprogrammen direkt bei der jeweiligen Partei bzw. zu den IHK-Wahlprüfsteinen auf unserer Homepage.

	AFD	BSW	B90/DIE GRÜNEN	CDU	FDP	FREIE WÄHLER	DIE LINKE	SPD
ÖFFENTLICHE VERWALTUNG	<ul style="list-style-type: none"> Befürwortung und Unterstützung der priorisierten Nutzung von Anzeige- statt Genehmigungsverfahren Befürwortung des Prinzips One-Stop-Shop bei Baugenehmigungen Befürwortung von Genehmigungsfiktionen 	<ul style="list-style-type: none"> Neuorientierung der Beziehungen zwischen Kommunen und Freistaat Kompetenzerweiterung des Sächs. Normenkontrollrates zur Sicherstellung des Bürokratieabbaus Beschleunigung der Digitalisierung der Verwaltung in Sachsen unter der Bedingung der Vereinfachung und Erleichterung für Bürger und Behörden Nachwuchssicherung und umfassende IT-Reformen zur länderübergreifenden Effektivitätssteigerung zeitweise Förderung ostdeutscher Bewerber bei Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst 	<ul style="list-style-type: none"> Beschleunigung und Finanzierung der Verwaltungsdigitalisierung - konsequente Umsetzung Masterplan „Digitale Verwaltung Sachsen“ Stärkung Landesdirektion Sachsen Einführung verbindlicher Fristen und rechtssicherer Stichtagsregelungen Evaluation der geltenden Praxis des Normenkontrollrats Wirtschaftlichkeit von Beschaffungsvorgängen wahren, unter Einbezug gesellschaftlicher Kosten; transparente öffentliche Verfahren und E-Vergabe, Vereinheitlichung mit Bundesregeln 	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen von Genehmigungs- zu Anzeigeverfahren übergehen und mit Stichtagsregelungen in Verbindung mit Genehmigungsfiktionen arbeiten. Den Normenkontrollrat wollen wir aufwerten und Vergaben möglichst unbürokratisch ausgestalten. Baugenehmigungsverfahren vereinfachen. Mit einem Bürokratiemoratorium wollen wir Freiraum schaffen, bestehende Vorschriften auf Vereinfachung zu prüfen. 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Verwaltungen zu Unterstützern der Wirtschaft machen Digitale Verwaltung als One-Stop-Agency Neue Gesetze: „One in, Two Out“-Regel Genehmigungsverfahren beschleunigen Normenkontrollrat bereits in der Entwurfsphase verpflichtend beteiligen Vergaben ohne vergabefremde Kriterien, Verwaltungsstrukturen anpassen Streichung Ladenschluss und Sperrstunden 	<ul style="list-style-type: none"> Die Positionen der IHKs unterstützen wir vollumfänglich. In der Landesregierung gibt es weder eine Gesamtpersonalstrategie noch einen Plan zur Digitalisierung der Verwaltung. Stattdessen wird immer mehr Personal gebunden, welches den Unternehmen am Arbeitsmarkt fehlt. Wir fordern eine Personalbremse, bei der die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an die Zahl der Einwohner gekoppelt ist (außer Bildung, Sicherheit). 	<ul style="list-style-type: none"> Personalmangel abbauen, Verfahren beschleunigen, Digitalisierung voranbringen Nur Stichprobenkontrollen bei Bescheidprüfungen, dafür höhere Strafen bei Verstößen Bewilligungsfiktion: Was nicht binnen sechs Wochen beschieden ist, gilt als bewilligt (bei Antragsvolumen bis 150.000 Euro) Ordentliche Löhne und ökologische Nachhaltigkeit als zentrale Kriterien bei öffentlichen Vergaben (Landtags-Drucksache 7/10618) One-Stop-Shop, wo möglich Rechtssicherheit für Sonntagsöffnungen, aber keine Ausweitung 	<ul style="list-style-type: none"> mehr Pauschalen bei Förderprogrammen Digitalisierung aller Verwaltungsverfahren einheitliches digitales Verwaltungsportal Fortsetzung Task Force Energiewende Verfahrensbeschleunigung und Experimentierklauseln Rechercheteam Bürokratielasten Reform der Ausländerbehörden verständliche Sprache in Verwaltungstexten KI-gestützte Antragsbearbeitung
UNTERNEHMENSFÖRDERUNG	<ul style="list-style-type: none"> Rahmenbedingungen für technologieoffene Forschung und Entwicklung verbessern Einführung von Gründungsprämien als einmalige Anschubfinanzierung kostenlose Weiterbildungen, die zu einer Betriebsübernahme qualifizieren (z. B. Technikerbonus/ Meisterbonus) duale Ausbildung: Ausbau von Wohnheimplätzen, moderne Berufsschulen in der Fläche 	<ul style="list-style-type: none"> Entlastung des Mittelstands durch Bürokratieabbau zeitlich begrenzte Befreiungen von unnötigen Regulierungen für Start-Ups & Neugründungen sowie Unterstützung bei Vernetzung mit Kapitalgebern & Forschungseinrichtungen Etablierung eines sächs. Förder Scouts: Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Fördermöglichkeiten für alle Unternehmen Reduzierung von Berichts- und Nachweispflichten, Beschleunigung der Digitalisierung der Verwaltung Arbeitskräfte-Qualifizierungsprogramm unter Einbeziehung von Berufsschulen & Hochschulen Integrationsförderung von ausländischen Arbeitskräften 	<ul style="list-style-type: none"> Gründung & Nachfolge: Praxischecks einführen, bürokratische Hürden abbauen, Nebenerwerb berücksichtigen, mehr Wagniskapital stellen Mutterschutz für Selbstständige reformieren, Betriebshilferegulierung analog Landwirtschaft Hochschulausgründungen stärken Investitionen in Daseinsvorsorge priorisieren Veränderungsprozesse mitdenken (Wärme-, Energie-, Verkehrswende) Streckenreaktivierungen und Elektrifizierungen DD-GR/GR-B mit Druck beim Bund verfolgen kommunale Finanzen deutlich verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen sowohl kleine & mittelständische Betriebe, Start-Ups und Gründungen sowie große Ansiedlungen und Industrie fördern. Dabei wollen wir Förderprogramme klarer auf Kernthemen ausrichten und uns an den Leitlinien der Förderkommission I und II orientieren. Förderverfahren für Unternehmen werden wir stärker über Pauschalierung und Budgetierung regeln und die Förderstrategie an tatsächliche wirtschaftl. Entwicklung koppeln. 	<ul style="list-style-type: none"> Ressortübergreifende Förderstrategie für Sachsen, Programme bündeln, entbürokratisieren, einheitliche Förderstandards, Technologieoffenheit Antragsverfahren erleichtern Transferbüros für Hochschulausgründungen Innovationsbudget bei öffentlichen Vergaben Keine Grunderwerbssteuer für Ansiedlungen Gewerbeflächen: Erhöhung Flächennutzung 	<ul style="list-style-type: none"> Wir möchten die Anzahl der Förderprogramme drastisch und auf das Wesentliche reduzieren. Die Förderung muss den ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellen. Ohne ländlichen Raum stirbt Sachsen! Das Unternehmertum ist durch Abbau von Bürokratie zu stärken, das gilt insbesondere für Nachfolgen. Die Laufzeiten von Förderdarlehen bei Existenzgründungen müssen verlängert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmensnachfolge und Gründung erleichtern: Eigenanteil halbieren, Nebenerwerb berücksichtigen, bürokratische Hürden abbauen tarifgebunden und ökologisch arbeitende Unternehmen in Zukunftsbranchen fördern Förderverfahren vereinfachen und flächendeckend anbieten, Gründungsförderung ausbauen gute Arbeitsbedingungen, anständige Löhne und Nachhaltigkeit als Förder Voraussetzungen Finanzhilfen für energieintensive Industriebetriebe sowie für kleine und mittelständische Unternehmen Zugang zu Förderprogrammen für kleine Unternehmen stark verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> Förderung Unternehmensnachfolgen Gründungs- und Transferförderung Ausbau „Regionales Wachstum“ Stärkung Transformationsnetzwerke Ausbau Digitalisierungsförderung Unterstützung überbetriebliche Berufsbildungsstätten und Lehrunterweisung bürokratiearmes Vergabegesetz mit Boni für innovative und regionale Angebote Stärkung Fach- und Teilloosvergabe Handwerksoffensive
INFRASTRUKTUR UND ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE	<ul style="list-style-type: none"> Fortschreibung LEP 2026 bessere Verbindungen des ländlichen Raums mit sächsischen Ballungszentren Reform des Landesplanungsgesetzes: mehr Transparenz ggü. dem Landtag Weiterentwicklung des Raumordnungsberichts 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen: auch bzgl. des grünen Wasserstoffs Verzicht auf fossile Energiequellen abhängig von Verfügbarkeit der erneuerbaren Energieträger flächendeckender Ausbau des schnellen Internets wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung durch Förderung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Polikliniken sowie Erhalt der Krankenhäuser Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln Einsatz von Gemeindeschwestern & Dorfkümmern unbürokratische Sanierung von kleineren Kreis- und Gemeindestraßen mittels Förderprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> Für stabile komm. Haushalte, bessere Grundfinanzierung, FAG Anpassung v. Zukunftskosten Erreichen der Ausbauziele EE zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, sichere und bezahlbare Versorgung; Netzausbau und Markthochlauf H₂ Energie- und Klimaprogramm fort-schreiben und gesetzlich stärken effizienterer Gigabitausbau, Kooperation und eigenwirtschaftlicher Ausbau im Fokus bedarfsgerechte Förderkulisse Wärmeplanung Fokus auf Schienenprojekten; Erhalt vor Neubau von Straßen; Finanzierung durch Bund u. Land Elektrifizierung und Reaktivierung sächsischer und grenzüberschreitender Schieneninfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen Sachsen als Wasserstoffland stärken und setzen uns für eine Anbindung ans Netz unserer Standorte ein. Bis 2030 wollen wir flächendeckende Glasfaserinfrastruktur. Die Mittelausstattung zur Sanierung und zum Neubau von Staatsstraßen verbessern wir. Auch auf der Schiene werden wir gezielt investieren und wichtige Lücken schließen. Die Wärmewende wollen wir durch kommunale Wärme-/Kälte-Pläne begleiten. 	<ul style="list-style-type: none"> höchste Investquote aller Bundesländer Innovations-„Sandboxes“ und digitale Freiheitszonen Mobil- und DAB-Funklöcher schließen flächendeckend mind. 200 MBit/s Gesamtrevision der Autobahnen Umsetzung Elektrifizierung Bahnstrecken Erdgasnetz auf Wasserstoff umrüsten enge Vernetzung Stadt/Land 	<ul style="list-style-type: none"> Die Kommunen, insbesondere diejenigen im ländlichen Raum, stehen im Mittelpunkt großer Teile der IHK-Positionen. Die Kommunen müssen finanziell in die Lage versetzt werden, ihren gesetzlichen Pflichtaufgaben vollumfänglich nachzukommen - und das ohne bürokratisch monströse Förderprogramme. Dies ist nicht der Fall und muss sich dringend ändern. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist einer unserer Hauptansatzpunkte. 	<ul style="list-style-type: none"> öffentliche Infrastruktur weiterentwickeln, Landesentwicklungsplan fortschreiben Energie- und Klimaprogramm weiterentwickeln, vor allem den Maßnahmenplan umsetzen Landesgesellschaft für Breitbandausbau gründen Wärmeplanungsgesetz zügig in Landesrecht überführen und Kommunen adäquat unterstützen Wasserstoffnetz dort ausbauen, wo Alternativen zu grünem H₂ fehlen ÖPNV-Gesetz mit Mindestbedienstandards einführen und mehr Landesgeld für Bus und Bahn bereitstellen Straßennetz sanieren, dabei Erhalt vor Neubau 	<ul style="list-style-type: none"> Landesentwicklungsplanung mit Investitionsplan Infrastruktur umfangreiche Investitionen mit Sondervermögen „Sachsenfonds 2050“ Gigabit-Netz und 5G flächendeckend Ausbau PV und Wind entlang Autobahnen Ausbau Wasserstoff- und Stromnetze Ausbau Ladeinfrastruktur E-Mobilität Vorhaltung von Ansiedlungsflächen Ausbau von Innovationskorridoren entlang der Bahnstrecken

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

INFRASTRUKTUR UND ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

INFRASTRUKTUR UND ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

	AFD	BSW	B90/DIE GRÜNEN	CDU	FDP	FREIE WÄHLER	DIE LINKE	SPD	
FACHKRÄFTESICHERUNG	<ul style="list-style-type: none"> Boni für Fort- und Weiterbildungen (z. B. Meisterbonus) Anreize zur Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast und passgenaue Betreuungsangebote für Erwerbstätige Erhöhung der Sichtbarkeit der Jugendberufsagenturen Steuerleichterungen für Unternehmen, welche schwerbehinderte Menschen in Erwerbstätigkeit bringen 	<ul style="list-style-type: none"> Programme zur Förderung der Arbeitskräfte- Qualifizierung unter Einbeziehung von Berufsschulen und Hochschulen branchenspezifische Stärkung der Attraktivität Sachsens für ausländische Fachkräfte, wenn erforderlich Förderung der Gewinnung ausländischer Fachkräften durch bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise, soweit vergleichbar mit deutschen Standards sowie Integrationssteigerung Voraussetzung für Fachkräftegewinnung und -haltung durch u.a. faire Bezahlung und praxisorientierte Ausbildung schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung; Berufsorientierung Vereinbarkeit Beruf-Familie verbessern • Weiterbildung stärken, Beratung und Vernetzung für KMU, altersgerechte Personalentwicklung Zuzug von Fach- und Arbeitskräften, faires Recruiting und Begleitung von Azubis in Unternehmen (Sprachförderung parallel); Etablierung von Welcome-Centern; Unterstützung Kommunen für Ausbau der Ausländerbehörden, erleichterte Anerkennung Integrationshürden senken, Arbeitsmarktpotenzial Geflüchteter nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> Wir werden Programme zur Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften in ausgewählten Zielländern und in ausgewählten Branchen vorantreiben. Dazu werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft Anwerbungsbüros einrichten, in denen Menschen befähigt und vermittelt werden, die sich für gefragte Arbeitsfelder interessieren und motiviert sind. Überstunden bei Vollzeit wollen wir steuerfrei stellen und Menschen über den Renteneintritt hinaus Arbeit ermöglichen. 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung beruflicher Ausbildung Standortnahe Ausbildung sicherstellen Führerscheinzuschuss für Azubis E-Learning für lebenslanges Lernen an Hochschulen Integration v.a. über ersten Arbeitsmarkt Einstiegshürden (bspw. Sprachkenntnis, Residenzpflicht) für ausl. Arbeitskräfte senken Maßnahmen zur Gewinnung ausl. Fachkräfte weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> Durch politische Naivität wird die Migration derzeit in ihrer Gesamtheit negativ gesehen. Für einen gesellschaftlichen Konsens legaler Arbeitsmigration benötigt es einer stärkeren Bekämpfung illegaler Einwanderung. Der Abbau von Hürden für die Gewinnung von Fachkräften fängt bereits in den Konsulaten und Botschaften vor Ort an. Dort benötigt es mehr Personal zur Erteilung von Arbeitsvisa. Die IHK-Standpunkte unterstützen wir. 	<ul style="list-style-type: none"> Mit Entbürokratisierung, besseren Arbeitsbedingungen, gezielter Förderung Langzeitarbeitsloser, guter Kita-Betreuung & inklusivem Arbeitsmarkt Fachkräftepotenzial heben Qualifikationsadäquate Beschäftigung von Menschen mit Migrationsgeschichte fördern – weniger Bürokratie Fachkräftestipendien für Ausbildungen in Mangelberufen, 5 Tage Bildungszeit im Jahr mehr Stellen für Arbeitsmarktmentorinnen und -mentoren, fachliche Spezialisierung Automatisierung fördern 	<ul style="list-style-type: none"> Fachkräfteallianz, Zuwanderungspakt, stärkere Anwerbung und Arbeitsvermittlung Bonus für Techniker und Fachwirte analog zu Meisterbonus Praktikumsprämien, Ausbildungsanreize und mehr Azubi-Wohnheime mehr Validierung und modulare Qualifikation für Einstiegskräfte Beschäftigungsvorrang bei ausländerrechtlichen Entscheidungen weiche Standortfaktoren stärken 	FACHKRÄFTESICHERUNG
BILDUNGSPOLITIK	<ul style="list-style-type: none"> Abordnung von Lehrern an Mangelschulen, Studenten frühzeitig in die Praxis MINT-Fächer aufwerten, regionale Wirtschaft stärker in Schulen einbinden Wirtschaftswissen im Unterricht ausbauen umfassende, frühzeitige Berufsorientierung mit hohem Praxisbezug – auch an Gymnasien Duale Hochschule fördern und bedarfsorientiert weiterentwickeln Bologna-Wildwuchs beenden 	<ul style="list-style-type: none"> Reform des Lehramtsstudiums und Bildung multiprofessioneller Teams in den Schulen Stärkung der Oberschulen digitalarme Vermittlung der Kernkompetenzen in der Grundschule bei gleichzeitiger Stärkung der Medienkompetenz in Sekundarschulen Mehr Schulsozialarbeiter: Unterstützung hinsichtlich Inklusion & sozialer Konfliktbewältigung Konzept des lebenslangen Lernens: enge Verzahnung von hochschulischer Weiterbildung und den Bedürfnissen von sächs. Unternehmen Stärkung der Ausbildungs- und Innovationsfähigkeit der Hochschulen 	<ul style="list-style-type: none"> Einstellungen umsetzen, Studienerfolgsquote erhöhen, Studium regionalisieren; Seiteneinstieg, Ausbau von Assistenzsystemen, multi-professionelle Teams; gezielte personelle und digitale Unterstützung im ländlichen Raum hoher Stellenwert der MINT-Fächer, Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Unternehmen; Gesamtkonzept Berufsorientierung in allen Schularten, Wohnangebote für Azubis Hochschulautonomie; Bedarfe durch staatliche Hochschulentwicklungsplanung identifiziert Breitbandanbindung; Digitalpakt 2.0: Fokus digitale Ausstattung, Administration & Fortbildung 	<ul style="list-style-type: none"> Wir bekennen uns zum gegliederten Schulsystem. Wir werden ein verpflichtendes beitragsfreies Vorschuljahr einführen, damit alle Kinder gute Startvoraussetzungen haben. Die Bedeutung der Berufsschulen als Partner der Ausbildungsbetriebe in allen Regionen unseres Landes stärken wir. Akademisches Wissen und berufspraktische Kompetenzen verzahnen wir im Studium stärker. 	<ul style="list-style-type: none"> Ziel: Unterrichtsausfall auf Null flächendeckend Assistenzkräfte Lehrer aus der Verwaltung vor die Klassen; Beamte freiwillig in Schulen entsenden Lehrerausbildung regionalisieren Kooperation Schule - Wirtschaft ausbauen Fach Wirtschaft- und Finanzbildung; unternehmerische Praxis in den Lehrplan MINT stärken, Lösungskompetenz fördern Schulen zu digitalen Lernorten machen 	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen den Lehrerberuf durch die Einführung eines dualen Studiengangs Lehramt attraktiver und praxisnaher gestalten. Wir möchten die Lehrpläne stärker auf die Vermittlung von Alltagskompetenzen ausrichten. Digitale Lerninhalte sollen ergänzend zu analogen eingesetzt werden. Künstliche Intelligenz ist auch im Unterricht nicht aufzuhalten. Diese ist sinnvoll zu nutzen und kann Lehrkräfte unterstützen. Keine Verbote zur Nutzung! 	<ul style="list-style-type: none"> Lehramtsstudium praxisnäher gestalten und regionalisieren, bessere Anreize für Lehrkräfteberuf in allen Schularten; Personal für Schulstufen ausbilden, nicht für Schularten Duale Ausbildung bekannter und attraktiver machen – mit Mindestausbildungsvergütung, kostenfreiem D-Ticket, ausreichender Versorgung mit Wohnheimplätzen Verbesserung der Rahmenbedingungen, um mehr Menschen für Mangelberufe zu begeistern Berufsorientierung verbessern, insbesondere für MINT-Berufe Schulen digitalisieren, Lernmittel-freiheit beachten 	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Lehrkräfte an die Schulen Ausbau von Schulassistenten und Schulsozialarbeit mehr praktisches Lernen im Unterricht, Stärkung Schülerfirmen und Praktika Stärkung der Themen Selbstständigkeit und Unternehmergeist in der Berufsorientierung mehr pädagogische Freiheit und Eigenverantwortung für die Schulen Stärkung außerschulischer Lernorte und externer Bildungspartner 	BILDUNGSPOLITIK

Kernforderungen der sächsischen Industrie- und Handelskammern

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

- Priorisierte Nutzung von Anzeige- statt Genehmigungsverfahren
- Konsequente Umsetzung Masterplan „Digitale Verwaltung Sachsen“
- Einführung eines einheitlichen landesweiten digitalen Portals
- One-Stop-Shop bei Baugenehmigungen
- Genehmigungsfiktionen
- Erweiterung des Sächs. Normenkontrollrates nach Bundesvorbild
- Wirtschaftlichkeit als oberstes Kriterium bei öffentlichen Vergaben
- Rechtssicherheit und Vereinfachung bei Sonntagsöffnungen (Mindestbesteuerung)

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

- Erleichterung von Unternehmensnachfolgen und Existenzgründungen
 - Lückenlose Begleitung von Hochschulausgründungen
 - Technologie- und Branchentoffenheit bei allen Förderprogrammen
 - Vereinfachung und Bündelung von Förderprogrammen
 - Streichung des Arbeitsplatzkriteriums als Fördervoraussetzung
 - Förderungen im ländlichen Raum beibehalten
 - Mehr Freiheit in Umsetzung von Förderzielen
- ### INFRASTRUKTUR UND ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE
- Flächendeckende öffentliche Daseinsvorsorge

- Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2026
 - Fortschreibung Energie- und Klimaprogramm
 - Breitbandausbau mit flächendeckend über 200 Mbit/s
 - Finanzielle Unterstützung der kommunalen Wärmewende
 - Forcierung Wasserstoffwirtschaft
 - Besser Verbindungen des ländlichen Raums mit sächsischen Ballungszentren
 - Ausbau Schieneninfrastruktur
 - Finanzielle Absicherung der Staatsstraßensanierung
- ### FACHKRÄFTESICHERUNG
- Heben inländischen Fachkräftepotenzials
 - Abbau Integrationshürden und Erschließung Arbeitsmarktpotenzial Geflüchteter

- Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung fördern
 - Senken administrativer Hürden für internationale Fachkräfte. Gezieltes Standortmarketing
- ### BILDUNGSPOLITIK
- Reduktion des Stundenausfalls, Sicherstellen der Verfügbarkeit des Lehrpersonals
 - MINT-Unterricht fest verankern und Interesse an MINT-Berufen wecken
 - Steigern der Bekanntheit und Attraktivität der dualen Ausbildung
 - Bedarfsorientierte Hochschul-ausbildung forcieren
 - Ausbau der digitalen Ausstattung und digitaler Lernmöglichkeiten in Schulen forcieren